

# UWG- Antrag zur Änderung der Friedhofssatzung findet leider keine Zustimmung.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 30. August 2023 hat die UWG-Fraktion den Antrag gestellt, die Friedhofssatzung für die Stadt Meckenheim dahingehend zu ändern, dass der Erwerb einer Grabstelle auf den Meckenheimer Friedhöfen auch bereits zu Lebzeiten möglich sein soll.

Leider scheiterte auch diese sinnvolle und nachvollziehbar begründete Initiative wieder einmal am Widerstand der Mehrheitsfraktion aus CDU und Grünen.

Schade für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, die aus ganz persönlichen Beweggründen die vorzeitige Wahl ihrer späteren Begräbnisstätte in ihre Sterbevorsorge integrieren möchten.

## Unsere Begründung für den Änderungsantrag zur Friedhofssatzung:

Im Zuge der allgemeinen demografischen Entwicklung steigt auch in Meckenheim die Zahl der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger kontinuierlich. Gleichzeitig bleiben immer mehr ältere Menschen alleine zurück, nachdem Partner und in zunehmend häufigeren Fällen auch die direkten Nachkommen vor ihnen verstorben sind.

Vor diesem Hintergrund sehen viele betagte Menschen die Notwendigkeit, in angemessenem Umfang für ihren eigenen Tod Vorsorge zu treffen.

In dieser Thematik leisten die Bestattungsunternehmen auf vielfältige Weise Unterstützung durch den Abschluss von Sterbevorsorgeverträgen. Neben den organisatorischen Vereinbarungen für eine spätere Bestattung und der finanziellen Absicherungen stellt die Wahl und Festlegung der späteren Grabstelle für die Betroffenen einen ganz wesentlichen Aspekt ihrer Sterbevorsorge dar.

Hier stoßen Vorsorgewillige aktuell jedoch auf das Hindernis, dass sich die Friedhofsverwaltung der Stadt Meckenheim weigert, das Nutzrecht an gewünschten und vorhandenen Grabstellen im Rahmen einer Sterbevorsorge bereits zu Lebzeiten an die entsprechenden Antragssteller zu verkaufen.

In einer Antwort der Friedhofsverwaltung auf ein diesbezügliches Ansinnen führt diese aus: (Zitat Anfang) „Das Friedhofsamt entscheidet, welche Grabstätte im Beisetzungsfall zugeteilt wird“ und Hier greift ... der Grundsatz bei entsprechender Verfügbarkeit „solange der Vorrat reicht“. (Zitat Ende)

Nach Auffassung der UWG stellen diese Aussagen keinen angemessenen Umgang mit den Bedürfnissen der betroffenen Menschen in dieser sehr emotional belasteten Fragestellung dar. Vielmehr sollte es selbstverständliches Bemühen von öffentlichen Verwaltungen sein, Vorsorgewillige im bestmöglichen Umfang zu unterstützen, da diese ihre Vorsorgewünsche finanziell absichern und durch den vorausschauenden Erwerb einer Grabstelle noch zu Lebzeiten, einer ansonsten eventuell erforderlichen Bestattung von Amtswegen entgegenwirken und die damit verbundenen Kosten der Kommune erspart bleiben.

Die Friedhofsverwaltung der Stadt Meckenheim begründet ihren aktuellen Standpunkt damit, dass weder das Bestattungsgesetz noch die Friedhofssatzung der Stadt Meckenheim Festlegungen zur Option eines möglichen Erwerbs einer Grabstätte zu Lebzeiten enthalten.

Diese Aussage ist jedoch zumindest für das Bestattungsgesetz NRW nur bedingt korrekt, da dort im §12, Abs. 1 festlegt ist: (Zitat Anfang) „Die Bestattung kann als Erdbestattung oder als Feuerbestattung vorgenommen werden. Art und Ort der Bestattung richten sich, soweit möglich, nach dem Willen der Verstorbenen, wenn sie das 14. Lebensjahr vollendet hatten und nicht geschäftsunfähig waren“. (Zitat Ende)

Wenn der Wille eines Verstorbenen also aufgrund persönlicher Lebensumstände in einer dokumentierten Sterbevorsorgevereinbarung niedergelegt ist, so muss der Grundsatz des §12 Bestattungsgesetz NRW hier Anwendung finden und dem Wunsch nach Art und Ort der Bestattung, soweit möglich, entsprochen werden.

Dies bedeutet allerdings auch, dass dem durch Fallzahlen belegten Bedarf an Grabstätten für alle angebotenen Bestattungsformen seitens der zuständigen Friedhofsverwaltung durch vorausschauende Errichtung und Bereitstellung Rechnung getragen werden muss.

Um für alle Betroffenen, zumindest für den begrenzten Gültigkeitsbereich der Stadt Meckenheim, Rechtssicherheit zu schaffen, vor allem aber um den zumeist älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Möglichkeit einer umfassenden Sterbevorsorge einschließlich der Festlegung ihrer späteren Grabstätte zu eröffnen, beantragt die UWG die im Beschlussvorschlag dokumentierte Anpassung der Friedhofssatzung der Stadt Meckenheim.